

Pensionskassen-Obmann erwartet Schub für betriebliche Altersvorsorge

Verdoppelung der Begünstigten in den nächsten zehn Jahren realistisch - Nationaler Schulterschluss für 3-Säulen-Modell der Pensionsvorsorge

Einen kräftigen Schub für die betriebliche Altersvorsorge in den nächsten Jahren erwartet Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbands Pensionskassen. Dazu beitragen wird seiner Ansicht nach auch das Pensionskonto, das ganz wesentlich für die Bewusstseinsbildung sei. Wichtig sei nun ein "nationaler Schulterschluss" aller Verantwortlichen für das drei-Säulen-System der Altersvorsorge.

Aktuell sei rund ein Viertel der insgesamt 3,5 Millionen Erwerbstätigen in einem System der betrieblichen Altersvorsorge, davon rund 750.000 aktive Beschäftigte bei den Pensionskassen. Eine Verdoppelung auf in den nächsten zehn Jahren sei auf jeden Fall realistisch, sagte Zakostelsky heute, Donnerstag, zur APA. Man sehe rundherum die Notwendigkeit für eine ergänzende betriebliche Vorsorge, von der demografischen Entwicklung bis zu den budgetären Themen. Die betriebliche Altersvorsorge sei gut geeignet, um in die Breite zu kommen.

Er fordert, dass man sich nun konstruktiv und abseits aller ideologischen Positionen zusammensetze und das Drei-Säulen-Modell gesamthaft weiterentwickle. Zakostelsky verwies in diesem Zusammenhang auf das Regierungsprogramm, wonach die Pensionskommission auch die zweite und dritte Säule betrachten soll. Nach der Information der Bevölkerung, stelle sich in einem weiteren Schritt die Frage nach möglichen Anreizen.

Die erste Säule ist die gesetzliche (staatliche) Pension, die zweite die betriebliche Vorsorge etwa über Pensionskassen, Versicherungen und Pensionsfonds und die dritte Säule die private Vorsorge (in Österreich vor allem Lebensversicherungen).

Das neue Pensionskonto sei eine wichtige Basis für einen Pfad zu mehr Transparenz und ganz wesentlich für eine echte Bewusstseinsbildung, so Zakostelsky. Transparenz sei der erste und wichtigste Schritt. Weiters müsse die Politik offen den Bürgern gegenüber sein, für Vorsorgemodelle zur Erhaltung der Kaufkraft älterer Menschen.

In einem dritten Schritte gehe es um Anreize. Österreich sei eines der wenigen Länder in Europa, in dem Arbeitnehmerbeiträge nicht steuerlich absetzbar seien, so Zakostelsky in Richtung einer möglichen Steuerreform. Die Zahlungen des Unternehmens können als Betriebsausgabe geltend gemacht werden. Beiträge der Arbeitnehmer kämen bereits aus versteuertem Einkommen und würden dann in der Auszahlungsphase versteuert. Damit könne mehr Kapital übrig bleiben. Es gebe Studien, wonach dadurch in Summe über die höheren Volumina auch mehr Steuereinnahmen zustande kämen.